



Bienenkapitalismus!

Das EU-Parlament möchte Heuschrecken an die Leine nehmen. Wilhelm Molterer züchtet sie lieber. CHRISTIAN FELBER

Die Opferliste von Private-Equity-Fonds – Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die hohe Renditen lieben – wächst. Permira, der neue Eigentümer von Hugo Boss, diktiert heuer eine Ausschüttung von 450 Millionen Euro – bei einem Jahresgewinn von 154 Millionen. Auch ProSieben.Sat1 muss das Dreifache des Jahresgewinns an die Fonds-Eigentümer abliefern und dafür noch Schulden aufnehmen. Der Sanitärhersteller Grohe wurde von durstigen Fonds „saniert“: Tausende Beschäftigte mussten gehen, das Eigenkapital wurde von 55 auf 1,6 Prozent abgepumpt. Die Berliner Tageszeitung erzielte im Vorjahr eine Rendite von 14 Prozent. Heuer fordert der neue britische Eigentümer 18 – 20 Prozent. Permira und CVC strichen nach Übernahme des Automobilclubs AA mehr als 3000 Arbeitsplätze, Bawag-Eigentümer Cerberus schloss beim Schulbushersteller Blue Bird das kanadische Werk und bei der Supermarktkette Albertsons 523 der 655 Filialen.

Es sieht nicht aus, als wären das Einzelfälle oder Auswüchse des Finanzkapitalismus, die unersättliche Gier verdichtet sich zum System. Einer der bekanntesten Hochrenditefonds, Blackstone, definiert „Erfolg“ ab einer jährlichen Rendite von 30 Prozent. Setzt ein Player diese Messlatte, müssen alle anderen mitziehen. Der Österreicher Michael Tojner von Global Equity sagt: „Fürs Verdoppeln des Kapitals sind wir nicht angetreten.“ In fünf Jahren müsse schon das Dreifache herauschauen. Private Equity und Hedge-Fonds vermehren vor allem das Kapital der reichsten Menschen der Welt, die zu solchen Fonds Zugang haben. Laut jüngstem Weltreichtumsbericht wuchs die Zahl der „Ultra High Net Worth Individuals“ – Personen mit mehr als 30 Millionen US-Dollar Reinvermögen – im Vorjahr um finanzkrisenresistente neun Prozent, während gleichzeitig die Reallöhne stagnieren und der Hunger weltweit zunimmt, weil nicht zuletzt Hedge-Fonds die Nahrungsmittelpreise inflationieren.

Neben dem von Franz Müntefering geprägten Bild der „Heuschrecken“ kursiert jedoch auch die Metapher der „Honigbienen“ – ebenfalls für Private-Equity-Fonds. Diese sind nach den Vorstellungen von Wilhelm Molterer in Österreich zu Hause, und sie tun vorwiegend Gutes: Sie statten junge Start-up- oder sanierungsbedürftige Mittelstandunternehmen mit reichlich Kapital aus, wenn diese von den Banken nicht einmal ignoriert werden: Zwei Lücken auf dem Kapitalmarkt werden geschlossen. Bisher haben Unternehmen wie Andritz, Bene oder Palfinger von PE-Fonds profitiert. Laut einer jüngsten Wifo-Studie werden in Unternehmen, an denen sich PE-Fonds beteiligen, sogar um 50% mehr Arbeitsplätze geschaffen. Diese Honigbienen wollte der Finanzminister mit einem „Kapitalmarktstärkungsgesetz“ gezielt züchten. Wichtigster und gleichzeitig umstrittenster Eckpunkt des mit dem Koalitionsbruch vorerst auf Eis gelegten Gesetzesentwurfes: Wenn ein Fonds eine Unternehmensbeteiligung wieder verkauft, bleibt der erzielte Gewinn steuerfrei. Das würde einerseits Reiche noch schneller reicher machen und andererseits jeden Anreiz eliminieren, dass sich die Fonds langfristig im Unternehmen engagieren: Die Mindesthaltedauer von nur einem Jahr zeigt, was der Finanzminister von Langfristverantwortung hält. Anstelle von Honigbienen will er Heuschrecken züchten.

Das EU-Parlament wählt einen differenzierteren Ansatz. Es sieht die Gefahren, die von Hedge- und Private-Equity-Fonds ausgehen und fordert die EU-Kommission seit geraumer Zeit zum Handeln auf. Doch die tut nichts. Schon im Juli 2007 mokierte sich das Parlament über die Untätigkeit der Kommission. Die hört lieber den Lobbyisten zu: „Hedge-Fonds wehren Kontrolle ab“, titelte vor wenigen Wochen die Financial Times.

Eine Regelung auf EU- oder sogar globaler Ebene würde jedoch Sinn machen, da die Regierungen bereits einen EU-Binnen- und Weltmarkt für Finanzdienstleistungen geschaffen haben. Die vom Parlament vorgeschlagene EU-weite Finanzmarktaufsicht könnte folgende Regulierungen überwachen:

- Fonds müssen zentral registriert werden und ihre Anlagestrategien, Gebühren, Managergehälter und Schulden offen legen
- Bestimmte Anlagestrategien (z. B. Leerverkäufe, Lebensmittel-Futures oder Angriffe auf Währungen) werden untersagt
- Finanzgewinne müssen gleich hoch versteuert werden wie Arbeitseinkommen
- Fonds, die in Steueroasen sitzen, erhalten keinen Zutritt zum EU-Finanzbienenmarkt
- Die Kreditaufnahme von Fonds muss begrenzt werden; Kaufkredite dürfen nicht den damit übernommenen Unternehmen umgehängt werden
- Beteiligungsgesellschaften dürfen das Eigenkapital ihrer „Opfer“ nicht unter eine bestimmte Schwelle abpumpen
- Im Fall von Aktiengesellschaften sollte das Stimmrecht der Anteilseigner an eine Mindesthaltedauer von fünf bis zehn Jahren gekoppelt werden; Aktienoptionen – die Bezahlung der Manager nach der Entwicklung des Aktienkurses – werden untersagt
- Den Beschäftigten muss entsprechend ihrer längerfristigen Verantwortung – sie überleben oft mehrere Generationen von Eigentümern und Vorständen – mehr Mitsprache eingeräumt werden.

Wer Honigbienen züchten will, muss gleichzeitig verhindern, dass sie den Charakter von Heuschrecken annehmen. Finanzminister Wilhelm Molterer fehlt es hier an Differenzierungsvermögen, dem EU-Parlament an Macht: Es darf selbst keine Gesetze initiieren – auch nicht mit dem Lissabon-Vertrag. Mit ein bisschen Glück reagiert die Kommission im Herbst auf seine Initiativberichte.

Veröffentlicht im „Falter“ 29/2008.